

SPD im Nordwesten

Straßen, Stahl und starke Städte

Wofür sich die SPD-Abgeordneten aus dem Nordwesten in den kommenden Jahren einsetzen wollen



Bis zur Mitte des Jahrhunderts wollen viele Stahlkonzerne klimaneutral produzieren: auch Arcelor-Mittal am Standort Bremen.

MARKUS PETERS

Dortmund. Schwarz-gelb als Farbkonstellation spielte bei der Frühjahrstagung der Landesgruppen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen/Bremen am Wochenende nur bei der Wahl des Veranstaltungsortes eine Rolle: dem Businessbereich im Dortmunder Signal-Iduna-Park (Westfalenstadion). Ansonsten setzten die Abgeordneten in ihrem Positionspapier ausschließlich rote Akzente, die in den kommenden zwei Jahren den Kern der Regierungsarbeit in Berlin bilden sollen.

Welche Bedeutung haben die SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen und Nordrhein-Westfalen für die Bundesregierung?

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion stellen die beiden Gruppen mit 76 Abgeordneten einen wichtigen Machtfaktor dar. „Zusammen machen sie mehr als ein Drittel der 206 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion aus“, machte Sarah Ryglewski, Bremer Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin für Bund-Länder-Beziehungen im Bundeskanzleramt deutlich. Zum Vergleich: Innerhalb der 197 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gehören 152 der CDU und 45 der bayerischen CSU an.

Was haben die Abgeordneten beschlossen?

Das neun Punkte umfassende Impulspapier der beiden Vorsitzenden Achim Post (Minden) und Johann Saathoff (Weser-Ems) umfasst unter anderem Forderungen nach einer erheblichen Beschleunigung der Planung, Vorschläge für mehr Wachstum, zur Sicherung der Industriearbeitsplätze, zur Stärkung der Städte und Gemeinden und des Sozialstaats.

An welchen Stellen droht Zwist innerhalb der Ampelkoalition?

Das Papier sieht insbesondere eine massive Planungsbeschleunigung vor, die nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft, sondern auch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: Wir müssen da deutlich mehr Tempo hineinbekommen“, forderte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil. Allerdings betreffen die SPD-Vorstellungen ausdrücklich alle Verkehrsträger – Schiene, Wasserstraße und Straße. An dieser Stelle dürften sich insbesondere die Grünen sperren, die eine Planungsbeschleunigung im Straßenbau auf Brückenneubau-Projekte beschränken möchten.

Wo will die SPD bei der Planungsbeschleunigung ansetzen?

Insbesondere beim Verbandsklagerecht. Hier soll die Betroffenheit etwaiger Kläger wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden: „Es kann nicht sein, dass ein Verein aus Freiburg gegen eine Windkraftanlage in Lüneburg klagt“, sagte Stephan Weil. Zu möglichen Konflikten mit den grünen Koalitionspartnern im Bund und Land äußerte sich der niedersächsische Ministerpräsident ausweichend: „Ich gehe auch davon aus, dass es viele gemeinsame Interessen von Bund und Ländern gibt. Aber es muss jetzt schnell auch konkret werden.“

Warum will Weil die Strompreise für die Industrie auf einen einstelligen Centbetrag senken?

Die hohen Industriestrompreise von etwa 13 Cent pro Kilowattstunde setzen die Industrie massiv unter Druck, nicht nur die Chemie-, sondern auch die Stahlbranche. Es drohen Standortschließungen und Arbeitsplatzverluste. Das könnte negative Folgen auch für das Erreichen der weltweiten Klimaziele haben. Die beiden zur Tagung eingeladenen Arbeitnehmervertreter von Thyssen-Krupp (TKS) in Duisburg und Arcelor-Mittal in Bremen, Tekin Nasikkol und Muhammet Tokmak, machten deutlich, dass ein Wegfall der deutschen Stahlindustrie kaum dazu beitragen werde, die Klimaziele zu erreichen: „Sie glauben doch nicht, dass der Stahl, der dann eben aus China und anderen Ländern importiert werden muss, grüner Stahl sein wird“, sagte Nasikkol.

Warum ist es notwendig, dass der klimaneutrale Umbau der Stahlindustrie gefördert wird?

Die hohen Kosten für den Umbau können die Unternehmen allein nicht schultern. Für den Bau einer Direktreduktionsanlage zur Erzeugung von CO₂-armen Stahl im Duisburger Thyssen-Krupp-Stahlwerk – der Auftrag wurde kürzlich vergeben – werden Investitionen von rund zwei Milliarden Euro fällig. Davon übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen rund 700 Millionen Euro. Wie viel Geld der Bund beisteuern darf, ist mit Blick auf Beihilferegeln der Europäischen Union noch nicht klar. „Wir rechnen täglich mit den Förderbescheiden“, sagt der TKS-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Tekin Nasikkol. Allerdings wirkt sich diese Investition auch massiv auf die Klimabilanz aus. Allein die Eisen- und Stahlindustrie ist für ein Drittel der klimaschädlichen CO₂-Emissionen der deutschen Industrie verantwortlich. „Sie haben hier einen großen Hebel zum Klimaschutz in der Hand“, rief Nasikkol den Parlamentariern zu.

Wie sieht die Situation derzeit im Bremer Stahlwerk aus?

Auch für das erheblich kleinere Stahlwerk in Bremen sind Investitionen in einem vergleichbaren Umfang geplant, aber bisher noch nicht in Auftrag gegeben. Das Land Bremen will den Umbau mit mehr als 300 Millionen Euro fördern. „Wir werden erheblich von den Erfahrungen, die die Kollegen bei Thyssen-Krupp machen, profitieren“, sagt Muhammet Tokmak. Welche Dimensionen der Bau einer solchen Direktreduktionsanlage hat, macht der Betriebsratsvorsitzende deutlich. Allein während der Bauzeit werden etwa 3500 Menschen auf dem Werksgelände zusätzlich beschäftigt sein.

Wie steht es um die Förderung der Städte und Gemeinden?

Die SPD will in diesem Jahr eine Altschuldenregelung für Städte und Gemeinden auf den Weg bringen. Wie lange das Problem schon besteht, machte Marc Herter (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Hamm, deutlich: „Wir blicken auf 30 Jahre nicht ausgeglichenen Haushalt zurück.“ Für eine Regelung braucht die SPD allerdings die CDU/CSU für eine Grundgesetzänderung, die nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag möglich ist. Ein Hebel könnte hier eine stärkere Unterstützung der Städte und Gemeinden durch den Bund bei den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung sein, die auch von der Union massiv gefordert wird. Ein klares Bekenntnis legte die SPD zur Kindergrundsicherung ab, die bereits 2025 greifen soll.

Wie soll das alles trotz der höheren Ausgaben für den Verteidigungsetat und die Energiekrise bezahlt werden?

Nach den Vorstellungen der beiden Landesgruppen ist zu prüfen, welche finanziellen Spielräume kurzfristig zusätzlich erschlossen werden könnten. Zudem soll der Kampf gegen Steuerbetrug intensiviert werden. Weiter setzen sich die Parlamentarier dafür ein, die Debatte über eine einmalige Krisen-Abgabe fortzuführen, „damit die Reichsten der Reichen einen gerechten zusätzlichen Beitrag zur Bewältigung und Tilgung der Krisenlast beisteuern“. Die SPD hatte sich schon im vergangenen Herbst auf ihrem Parteikonvent dafür ausgesprochen. Ein Vorhaben, das insbesondere bei der FDP auf Widerstand stoßen dürfte.
